

Durchblick

ver.di

6. Jahrgang, Nr. **77**; 1. Juli 2004

Zeitung der ver.di-Vertrauensleute im Knappschaftskrankenhaus Sulzbach

Neuer Personalrat nahm Arbeit auf

H. Ruge und R. Hess einstimmig im Amt bestätigt

Am 2. Juni fand die konstituierende Sitzung des neu gewählten Personalrates statt. Der Personalrat wählte den Krankenpfleger Hans Ruge erneut einstimmig zu seinem Vorsitzenden. Stellvertreter wurde wieder der Schlosser Richard Hess.

Zu Beginn einer Amtsperiode geht es im Personalrat immer recht förmlich zu. Rechtliche Formalien müssen genau eingehalten werden. Zu Beginn wurde Gerald Weyand zum Wahlleiter bestimmt. Jürgen Krüger übernahm die Funktion des Schriftführer. Nun mussten nach § 32 Abs 1 BPersVG die Vorstandsmitglieder gewählt werden. Die Angestellten wählten einstimmig Hans Ruge. Die Arbeiter wählten Richard Hess.

Dann wurde der Tagungsordnungspunkt „Wahl des Personalratsvorsitzenden nach § 32 Abs. 2 BPersVG“ aufgerufen. Der ver.di

Betriebsgruppensprecher Michael Quetting schlug Hans Ruge vor und begründete seinen Vorschlag, indem er zukünftige Aufgaben skizzierte und die vergangene Arbeit von Hans würdigte. Ein weiterer Kandidat wurde nicht vorgeschlagen. Die Wahl erfolgte einstimmig und der alte wie neue Personalratsvorsitzende übernahm die Leitung der Sitzung. Durch diese Entscheidung wurde Richard Hess als weiteres Vorstandsmitglied automatisch stellvertretender Personalratsvorsitzender. Unabhängig dieser Feststellung, die ja keine Wahl im Personalrat notwendig machte, lobte Quetting auch an dieser Stelle dessen Arbeit. Da der Personalrat elf Mitglieder hat, wurden dann aus seiner Mitte ohne Rücksicht auf ihre Gruppenzugehörigkeit zwei weitere Mitglieder in den Vorstand des Personalrates gewählt. Die rechtliche Grundlage für die Wahl des erweiterten Vorstandes steht in § 33 BPersVG. Vorgeschlagen und einstimmig gewählt wurden hier Jürgen Krüger und Gerald Weyand. Nach einer halben Stunde war die konstituierende Sitzung beendet.

Der Personalrat begann sofort im Anschluss mit seiner zweiten Sitzung. Hans Ruge informierte gleich zu Beginn dieser Sitzung alle Personalratsmitglieder über die Schweigepflicht nach § 10 BPersVG und der Personalrat wählte Hans Ruge und Jürgen Krüger als freizustellende Personal-



ratsmitglieder nach § 44 Abs. 4 BPersVG. Unter Punkt Personalangelegenheiten wurden drei Einstellungen, einer Änderung der Arbeitszeit und einer Ernennung zugestimmt. Schließlich erfolgten noch Entsendungsbeschlüsse für Seminare zum BPersVG und die teilnehmenden PR-Mitglieder für die praktische Krankenpflegeprüfung wurden festgelegt. Unter Punkt Verschiedenes wurden noch mehrere Dinge beraten und auch beschlossen.

Die nächste Sitzung fand dann schon am 15. Juni statt. Auf dieser Sitzung beschloss der Personalrat seine Geschäftsordnung. Die normale Arbeit hat begonnen.



Jugendvertretung konstituierte sich:

Myriam Lütke wurde zur Vorsitzenden gewählt

Nach den Wahlen zur Jugend- und Auszubildendenvertretung traf sich auch die neue Interessenvertretung der Jugend. 59 Kolleginnen und Kollegen - beeindruckende 92,2 Prozent - hatten sich in Sulzbach an den Jugendwahlen beteiligt. Elf Kandidatinnen und Kandidaten hatten sich um das Vertrauen beworben, fünf Mitglieder wurden gewählt.

Myriam Lütke hatte bei den Wahlen mit 33 Stimmen, das sind 55,9 Prozent, die meisten Stimmen erhalten. Und so war es auch nicht verwunderlich, dass die neue Jugendvertretung die Krankenpflegeschülerin zur Vorsitzenden wählte. Nadine Hoffmann wurde zu ihrer Stellvertreterin gewählt. Tobias Rau wurde Schriftführer und Thomas Küderle sein Stellvertreter. Fünftes Mitglied in der Jugendvertretung ist Anna Stark.

Gleichzeitig mit den Wahlen in Sulzbach fanden auch die Wahlen zur Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung statt. Hier waren 886 Jugendliche und Auszubildende wahlbe-

rechtigt. 589 Stimmen wurden abgegeben, 25 Stimmen waren ungültig. Auf die ver.di-Liste entfielen 502 Stimmen, die Spaltergruppe GdS erhielt 62 Stimmen. Damit sind 11 Kolleginnen und Kollegen von ver.di und ein junger Herr der GdS gewählt. Unsere Kollegin Myriam Lütke gehört somit auch der neuen Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung (HJAV) an.

Die Sulzbacher Jugendvertretung hat ihre erste Arbeitssitzung schon durchgeführt und einen umfangreichen Katalog von Aufgaben diskutiert, den man nun anpacken will. Am 1. Juli gibt es eine Jugendversammlung.

Marita Schaldach neue Vorsitzende des Hauptpersonalrates:

Ergebnisse der Wahl zum Hauptpersonalrat bei der Knappschaft

Bei der Gruppe der Angestellten waren 12.487 Kollegen wahlberechtigt, 7.652 gaben ihre Stimme ab, gültig waren 7.448. ver.di erhielt 5.152 Stimmen, davon 331 aus Sulzbach.

Bei der Gruppe der Beamten waren 1.741 Kollegen wahlberechtigt, 1.072 gaben ihre Stimme ab, gültig waren 1.057. ver.di erhielt 765 Stimmen, davon eine aus Sulzbach.

Bei der Gruppe der Arbeiter waren 1.206 Kollegen wahlberechtigt, 849 gaben ihre Stimme ab, gültig waren 819. ver.di-Nordwest erhielt 534 Stimmen, ver.di Südwest 285 Stimmen. Spaltergewerkschaften haben bei den Arbeitern keine Chance.

Damit wurden bei den Angestellten 15 Kandidaten von uns und sechs der GdS gewählt, bei den Beamten erhielt ver.di 4 Plätze, die GdS einen. Bei der Gruppe der Arbeiter entfielen 3 Sitze auf die ver.di Nordwest-Gruppe und zwei auf ver.di Südwest. Das Auszählverfahren erfolgte nach d' Hondt.

Damit sind Hans Ruge und Richard Hess aus unserem Haus in den Hauptpersonalrat gewählt.

Das beste Wahlergebnis für unsere Gewerkschaft wurde bei allen drei Gruppen in unserer Sulzbacher Klinik erreicht. 94,03 der Angestellten wählten ver.di, 97,14 Prozent der Arbeiter und 100 Prozent der Beamten wählten die ver.di-Listen.

Toll auch die Ergebnisse der Verwaltungsstelle Saarbrücken. Dort wurde eine Wahlbeteiligung von über 90 Prozent erzielt. ver.di erhielt bei den Angestellten 70,6 Prozent, bei den Beamten 67,9 Prozent und bei den Arbeitern für Südwest 90 Prozent und für Nordwest 10 Prozent. Von dieser Verwaltungsstelle wurde somit Kollege Michael Baumstark erneut in den Hauptpersonalrat gewählt.

Auch unser Nachbarknappschaftskrankenhaus in Püttlingen erzielte eine Wahlbeteiligung von über 70 Prozent und ver.di konnte bei den Wahlen für den Hauptpersonalrat 81,9 Prozent bei den Angestellten, 100 Prozent bei den Beamten und 93,6 Prozent bei den Arbeitern für seine Kandidaten gewinnen. Maria Koch und Hermann Blaß gehören aus diesem Haus nun dem Hauptpersonalrat an.

Der Hauptpersonalrat hat am 7. Juni 2004 in seiner konstituierenden Sitzung Marita Schaldach zur neuen Vorsitzenden gewählt. Marita Schaldach ist Beamtin bei der Hauptverwaltung und löst den langjährigen Vorsitzenden Karl-Heinz Hartmann ab, der in den Ruhestand getreten ist.



Erste Stellvertreterin für die Gruppe der Angestellten ist Marlene Brandstedt-Conrad aus der Hauptverwaltung, zweiter Stellvertreter für die Gruppe der Arbeiter ist Franz Koperk von der Evangelischen Huysens-Stiftung/Knappschaft gGmbH (ehemals Knappschaftskrankenhaus Essen-Steele). In den erweiterten Vorstand wurden Michael Baumstark von der Verwaltungsstelle Saarbrücken und Michael Kolorz vom Knappschaftskrankenhaus Bottrop gewählt.

Unser Personalratsvorsitzender Hans Ruge ist wieder Mitglied des Krankenhausausschusses.

Gesellschaftspolitischer Kampf gegen Agenda-Politik geht weiter

Eine soziale Reformpolitik trägt eine andere Handschrift als die Agenda 2010 und ihre Verwandten bei CDU/CSU und FDP. Die Abwehr neoliberaler Politiklösungen und politische Gegenentwürfe werden im zweiten Halbjahr 2004 im Mittelpunkt gewerkschaftlicher Arbeit stehen. Das hat der ver.di-Gewerkschaftsrat Anfang Juni in Kassel beschlossen. Die ver.di Betriebsgruppe hat das mit Genugtuung zur Kenntnis genommen. Hier vertritt man die Position, dass man nach der erfolgreichen Demonstration im April auf keinen Fall die Aktivitäten reduzieren darf.

„Bundesregierung und Oppositionsparteien haben schnell versucht, den Protest in die Ecke von Nein-Sagern zu stellen, die keine Alternativen und Perspektiven anzubieten hätten. Deshalb müsse auch grundsätzlich die Agenda-2010-Politik fortgesetzt werden, da sie alternativlos sei“, heißt es im Beschluss des Gewerkschaftsrats. Begleitet werde die Agenda-Politik der Regierung von Versuchen des Brückenschlags zu den Gewerkschaften und der eigenen Stammwählerschaft mit Themen wie Ausbildungsplatzumlage, Erbschaftsteuer, Bürgerversicherung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Mit ihren sozial- und steuerpolitischen Vorschlägen für ein Regierungsprogramm 2006 hätten CDU/CSU

mit schärferen Angriffen auf Arbeits- und Entlohnungsbedingungen eine „schwarze Agenda“ vorgelegt. Hinzu komme eine Politik der Arbeitgeber, die auf Lohnsenkung, Arbeitszeitverlängerung und das Aushöhlen der Tarifautonomie und des Streikrechts abziele. Die hohe Beteiligung an Demonstrationen



Studie:

Sozialabbau drängt chronisch Kranke in die Armut

Die Deutsche Morbus Crohn / Colitis ulcerosa Vereinigung - DCCV - e.V., Selbsthilfevereinigung für rund 300000 in Deutschland von chronisch entzündlichen Darmkrankungen betroffenen Menschen, hat mehr als 1.700 Patientinnen und Patienten zu den Gesundheitskosten seit Januar 2004 befragt. Aus den Ergebnissen der Befragung leitet der Patientenverband ab, wieder eine vollständige Zuzahlungsbefreiung für Betroffene mit geringem Einkommen einzuführen.

Die Studie macht deutlich, dass die chronisch kranken Patientinnen und Patienten im Jahr 2004 infolge der Kumulation unterschiedlicher Belastungen durch die Agenda 2010 ein erhebliches Risiko tragen, in ihrem Einkommen unter die Armutsgrenze gedrängt zu werden. Die Hälfte der befragten chronisch Kranken finanziert bereits den Lebensunterhalt zumindest teilweise aus gesetzlichen Renten, Arbeitslosengeld/-hilfe, Krankengeld und Sozialhilfe. Die Sparbeschlüsse bei diesen Sozialleistungen belasten gerade die Geringverdiener zusätzlich. Insbesondere Betroffene mit geringem Einkommen können sich die notwendige medizinische Versorgung nicht mehr leisten. Arztbesuche und sogar Krankenhausaufenthalte werden aus Kostengründen verschoben, Medikamente nicht genommen, z.B. weil sonst die Miete nicht gezahlt werden könnte.

Gefordert wird, dass alle chronisch Kranken, die in Dauerbehandlung sind und mehr als eine nur geringfügige Gesundheitsstörung haben, als schwerwiegend chronisch Erkrankte im Sinne des Fünften Sozialgesetzbuches (SGB V) anerkannt werden, damit die Krankenkassen für sie auch weiterhin die Kosten für anerkannte rezeptfreie Medikamente bezahlen und Zuzahlungen lediglich bis zur Belastungsgrenze von 1 % der Haushalts-Bruttoeinnahmen (statt 2 %) erfolgen müssen.

Die ver.di Betriebsgruppe sieht sich durch diese Studie erneut in ihrer Auffassung bestätigt: Bei der so genannten Gesundheitsreform geht es nur um reine Kostendämpfungsmaßnahmen zu Lasten der Kranken und nicht um substantielle Verbesserungen im Gesundheitswesen. Ein Präventionsgesetz und das Institut zur Qualitätssicherung im Gesundheitswesen stehen weiter in den Sternen, aber den kleinen und mittleren Verdienern wird schon jetzt kräftig in die Tasche gegriffen.

am Europäischen Aktionstag am 3. April habe ver.di bestärkt, die Agenda-Politik der Bundesregierung eindeutig abzulehnen. Die erfolgreiche Mobilisierung der örtlichen Aktionskomitees sei fortzusetzen und weiterzuentwickeln, heißt es im Beschluss des Gewerkschaftsrats.

Gegen die Politik des Sozialabbaus und der Umverteilung von unten nach oben müssten gewerkschaftliche Alternativen deutlicher gemacht werden. Die Diskussion müsse in die Betriebe und Verwaltungen und in die Öffentlichkeit getragen werden, kündigt der ver.di-Gewerkschaftsrat an. So würden die Themen gebündelt aufgegriffen.

Dazu zählen vor allem Arbeitszeitverlängerung, Mindestlöhne, Arbeitslosenunterstützung, Verteilungsgerechtigkeit zu Gunsten besserer Bildung, öffentliche Investitionen und soziale Sicherung.

Ein herausragender Punkt dabei ist die Arbeitszeitpolitik im öffentlichen Dienst, vor allem im Bereich der Länder. Hier soll die „derzeit als Nadelstiche angelegte Strategie“ zugespitzt werden.

Weil Arbeitszeitverlängerung ein Hebel zur Lohnsenkung ist, wird ver.di die Debatte um Niedriglöhne forcieren. Intensiv wird in Kürze das Thema Mindestlohn aufbereitet, zumal es ein Gesetz über Mindestlöhne seit den fünfziger Jahren gibt, das bisher nie angewandt wurde.

Flankiert werden die Themen unter der Überschrift „Für eine soziale Reformpolitik“ gebündelt. Jetzt plant ver.di seine nächsten Aktivitäten.

Wo man auch hinschaut:

Immer wieder Zeitdruck

65 Prozent der Pflegekräfte beschreiben Zeitdruck als die häufigste Arbeitsbelastung, etwa die Hälfte klagt über zu viele administrative Tätigkeiten. Fast 2.000 Pflegerinnen und Pfleger in Akutkrankenhäusern wurden letzten Sommer wissenschaftlich vom Zentrum für Sozialpolitik (ZeS) und vom Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) befragt.

Die Antworten spiegeln das wider, was wir aus unserem Alltag im Krankenhaus kennen: keinen Weg mit leeren Händen gehen, vorausdenkend die Hilfsmittel für den nächsten oder übernächsten Arbeitsschritt in die Kitteltasche stecken, während des Anreichens des Essens gleichzeitig das Patientenzimmer aufräumen, beim Dokumentieren auch an das klingelnde Telefon gehen, zu Hause schon einen Arbeitsplan für die nächsten Tage aufstellen usw.

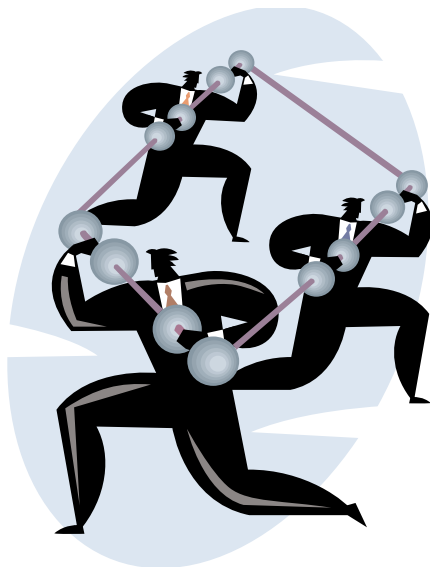
Immer wieder der Zeitmangel. Er bringt Frust, weil er der würdevollen Behandlung der Patienten im Weg steht. Zeitmangel ist oftmals die Ursache für zahlreiche Informations-, Beziehungs- und Kommunikationsprobleme. Steigende Qualitätsanforderungen, Dokumentierungswahn des Gesetzgebers, Probleme mit der EDV und immer wieder zu wenig Personal, alles das

sche heute über „häufige Zeitnot“ klagt. Vor zehn Jahren war es erst jeder Vierte. Jeder Sech-

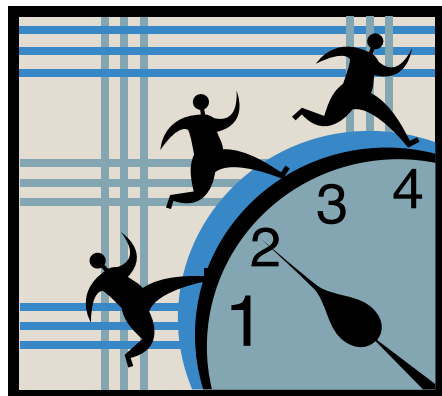


te schreibt diesem Zeitdruck negative Auswirkungen auf die Gesundheit zu und meint, sich selbst auf Grund von Zeitmangel nicht richtig erholen zu können. Der Zeitdruck, so die Studie, wirkt immer belastender je länger die wöchentliche Arbeitszeit andauert.

Auch darum liegt die saarländische Landesregierung schief, wenn diese meint, es wäre egal, ob man 38,5 oder 40 Stunden arbeiten müsse, andere weiter im Süden tönen, es sei egal ob 38,5 oder 42 Stunden und dann gibt es noch die ganz gescheiten Professoren, die meinen wir sollten wieder 48 Stunden arbeiten. Der Zeitdruck würde sich dadurch allerdings nicht reduzieren. Nein, man plant Entlassungen im großen Stil. ver.di dagegen fordert Arbeitszeitverkürzung und Neueinstellungen. Nach unse-



ren Berechnungen braucht es 70 neue Arbeitsplätze in unserem Krankenhaus.



verlangt immer mehr Zeit. Zeit, die für die Betreuung der Patienten fehlt.

Ob für das Pflegepersonal oder für die Reinigungskraft, ob für den Arzt oder die Kollegin in der Finanzabteilung, der Stress nimmt immer mehr zu.

Die genannte Untersuchung belegt noch zwei Dinge sehr anschaulich. Die Einführung der DRGs verschärft den Zeitdruck. Wir hier in Sulzbach stehen dabei erst am Anfang. Und noch etwas wurde deutlich: der Zeitdruck steigt mit zunehmender Privatisierung im Gesundheitswesen.

Die Folgen sind klar. Aufgrund der Arbeitsüberlastung bleibt kaum noch Zeit, auf individuelle Wünsche der Patienten einzugehen. So bleibt die psychosoziale Komponente, die wir in unserem Leitbild so schön als ganzheitliche Orientierung beschreiben, weitgehend auf der Strecke. Unsere Arbeit verkommt immer mehr zur Fließbandarbeit, Bereichspflege hin, Bereichspflege her.

Interessant auch eine andere Studie, der „Fehlzeitenreport 2003“ Dort wird festgestellt, dass fast jeder zweite voll erwerbstätige Deut-

Telefonzentrale: Maßnahmen gegen „Brutkasten“ eingefordert

Bereits im Dezember letzten Jahres hatte der Arbeitsschutzausschuss die Anbringung einer Außenjalousie an der Telefonzentrale als notwendig befunden, weil sich der Raum durch die großen Fensterflächen im Sommer extrem aufheizt. Letztes Jahr wurden dort Temperaturen bis 40° Celsius gemessen. Zudem wird der Raum immer mehr mit technischen Geräten ausgestattet, die ebenfalls Wärme erzeugen.

Verwaltungschef W. Molitor hat die Außenjalousie abgelehnt. Der Arbeitgeber ist allerdings nach der Arbeitsstättenverordnung bzw. den Arbeitsstättenrichtlinien verpflichtet, „an Fenstern, Oberlichtern oder Glaswänden wirksame Schutzvorrichtungen gegen direkte Sonneneinstrahlung vorzusehen.“

Deswegen hatte noch der alte Personalrat einen entsprechenden Initiativantrag gestellt. In einem Gespräch zwischen R. Hess, J. Krüger und dem Verwaltungschef sprach sich dieser weiter gegen Jalousien aus, versicherte aber, dass er geeignete Maßnahmen gegen die hohen Temperaturen veranlassen würde, wie z. B. das Aufstellen eines Klimagerätes. Der Personalrat hat das Gesprächsergebnis zur Kenntnis genommen und hofft nun, dass die angedachten Maßnahmen auch ihre Wirkung zeigen. Wichtig ist dem Personalrat und den Kolleginnen und Kollegen der Telefonzentrale, dass dort nicht mehr so hohe Temperaturen wie in einem „Brutkasten“ erreicht werden.

Impressum:

ver.di Betriebsgruppe im Knappschaftskrankenhaus Sulzbach
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

ver.di - Fachbereich 03

Gesundheit, soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen

Fachgruppe: Krankenhäuser

St. Johanner Str. 49; 66123 Saarbrücken

Eigendruck; V.i.S.d.P.: Thomas Müller

E-Mail: verdikkhs@aol.com

<http://www.durchblick.2-www.de>